

August 2008

Zentralisiertes Einerlei statt kultureller Vielfalt: Pläne zur Museumsneuordnung übereilt und unausgereift

Hintergrund - „Stärkung der Stärken“?

Niedersachsen verfügt neben wichtigen Baudenkmalen auch über bedeutsame archäologische Ausgrabungsstellen und Funde. Diese kulturellen und historischen Denkmale sind von nationaler Bedeutung, werden aber bislang der Öffentlichkeit nicht nach modernen museumspädagogischen Standards optimal präsentiert. Um dieses Missverhältnis zu beheben, hat das *Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur* nach eigenen Aussagen eine umfassende Neuordnung der hiesigen Museumslandschaft angestoßen.



Die Bereiche Pflege/Erhalt, Forschung und Präsentation von Archäologie sowie Bau- und Kunstdenkmalpflege sollen nach Auffassung des Ministers Lutz Stratmann in einer zentralen staatlichen Behörde zusammengeführt und organisatorisch besser vernetzt werden. Diese Behörde soll in Zukunft den Namen *Niedersächsisches Institut für Archäologie und Baudenkmalpflege* tragen.

Bislang sind alle der erwähnten Teilarbeitsbereiche auf verschiedene Standorte verteilt, unter anderem auf das *Institut für historische Küstenforschung* in Wilhelmshaven (NIhK), das *Braunschweigische Landesmuseum* (BLM) und das *Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege* (NLD) mit Stützpunkten in Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Oldenburg.

Das BLM würde als Teil dieses neuen *Niedersächsischen Instituts für Archäologie und Baudenkmalpflege* nach Stratmanns Plänen Sitz einer neu zu gründenden *Abteilung für Archäologie* werden und so einen landesweiten Schwerpunkt bilden. Ob hierfür die in der *Herzoglichen Kanzlei* in Wolfenbüttel ansässige archäologische Abteilung des Museums nach Braunschweig verlagert werden müsste, ist noch unklar.

Der Direktor des BLM, Gerd Biegel, wäre infolge der Umstrukturierung der neuen Behörde unterstellt. Die Direktoren der Landesmuseen in Hannover und Oldenburg und vermutlich auch die des Braunschweiger *Naturhistorischen Museums* und des *Herzog-Anton-Ulrich-Museums* blieben hingegen weiterhin direkt dem Ministerium unterstellt.

Auf einer außerordentlichen Sitzung des Stiftungsrates der Stiftung *Braunschweigischer Kulturbesitz* (SBK) erläuterte Stratmann die Pläne:

„Wir wollen eine Stärkung von Landesmuseum und Region. Mit der neuen Abteilung für Archäologie in Braunschweig werden zusätzliche Angebote geschaffen. Die Präsentation der Landesgeschichte soll - wie schon lange geplant - nunmehr in diesem Zusammenhang erneuert werden. Es geht um mehr, nicht um weniger für Braunschweig, für die Region. Es geht um die Stärkung der Stärken.“

Stratmanns gute Absichten sind jedoch umstritten: Dem Ministerium wird vorgeworfen, die Pläne seien nicht durchdacht, intransparent und ohne Einbeziehung der betroffenen Museen ausgearbeitet worden.

Von Neuordnungsplänen zum „Museumsstreit“

In Braunschweig erregt in erster Linie nicht der neu geplante Schwerpunkt Archäologie Anstoß, sondern die Frage um kulturpolitische Machtverhältnisse. Kritische Stimmen äußern die Befürchtung, das BLM würde innerhalb der neuen Strukturen seine Eigenständigkeit verlieren. Das Zwischenschalten einer Instanz zwischen dem BLM und dem Ministerium, wie es durch Einführung des *Niedersächsischen Instituts für Archäologie und Baudenkmalpflege* geschehen würde, brächte einen Verlust an Bedeutsamkeit und Einfluss mit sich: Der Präsident des neuen Instituts wäre gegenüber dem Direktor des BLM weisungsbefugt. Über bedeutsame Fragen wie Finanz- und Personalangelegenheiten würde dann in Hannover entschieden werden.

Auch die *Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz* fürchtet im Zuge der Reform einen Um- und Abbau ihrer Aufgaben: Eine Veränderung der regionalen Museumslandschaft zöge nämlich auch Veränderungen des ursprünglichen Stiftungszwecks, die geschichtlichen und kulturellen Belange des ehemaligen Landes Braunschweig zu bewahren, nach sich.



Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass dem Verfahren sowohl Transparenz als auch Partizipation der betroffenen Einrichtungen mangelte. Das Ministerium trat übereilt mit den umstrittenen Plänen an die Öffentlichkeit, bevor ein stichhaltiges Konzept ausgearbeitet worden war. Falls ein Konzept existiert, wurde es nicht veröffentlicht. Der BIBS-Fraktion scheint das autoritäre Diktat solch weitreichender Änderungen fragwürdig, zumal sie in der Sommerpause zu einem ungünstigen Zeitpunkt stattfanden.

Diese Ansicht teilen auch weite Teile der Landespolitik:

Die SPD-Landtagsfraktion erhob in ihrer Pressemeldung vom 2. Juli 2008 den Vorwurf, es habe keine Abstimmung mit den betroffenen Museumsleitungen stattgefunden. Sie fordert darin die Aufstellung „eines zukunftsfähigen und transparenten Museumsentwicklungsplans für die Landesmuseen“ unter deren Einbeziehung.

Auch die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bescheinigt Stratmann einen „museumsreifen Politikstil“: Es sei ein Affront, die Museumsleitungen erst Stunden vor der Pressekonferenz per Telefon über die geplanten Neuerungen zu informieren. (Pressemeldung vom 01. Juli 2008)

Die Landtagsfraktion der LINKEN fordert daher einen Runden Tisch aller Beteilig-

ten, um „die Entstehung von Monokulturen statt einer vielfältigen Museumslandschaft“ zu verhindern (Pressemeldung vom 10. Juli 2008).

Die für viele Fachleute überraschende Mitteilung gab Anlass zu Spekulationen: Die *Hannoversche Tageszeitung* hat nach Bekanntwerden der Pläne berichtet, das *Hannoversche Landesmuseum* hegte Pläne, mit Hilfe traditionell zum Braunschweiger Bestand gehöriger Kunstwerke in den Rang einer Staatsgalerie erhoben zu werden. Die Braunschweiger Öffentlichkeit empörte sich daraufhin insbesondere über den Gedanken, Jan Vermeer van Delfts (1632 - 1675) „Mädchen mit dem Weinglas“, eins der Glanzlichter des im *Herzog-Anton-Ulrich-Museums*, könnte in die niedersächsische Landeshauptstadt zwangsumgesiedelt werden.

Staatssekretär Dr. Lange beeilte sich daraufhin zu betonen, dass der Austausch von Exponaten nur in enger Absprache mit den Museen erfolge und nicht etwa vom Ministerium angeordnet werde. Das Ziel der Neuordnung sei in erster Linie, „bisher nicht gezeigte Schätze des Landes der Öffentlichkeit zugänglich zu machen“ (Pressemeldung der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag vom 8. Juli 08).

Der ehemalige Braunschweiger Oberbürgermeister Gerhard Glogowski äußerte sich gegenüber der BZ mit eindeutigen Worten über die geplanten Neuerungen: „Es handelt sich um einen Angriff des Ministeriums auf die Braunschweigische Identität. Wenn wir uns nicht wehren, wird man uns übertölpeln.“

Vereinzelte andere Stimmen äußerten den Verdacht, die Reform sei ein Vorwand, um den als unbequem geltenden Dr. Gerd Biegel in seiner Position als Direktor des BLM zu schwächen.

Als ein weiterer Grund wird hinter vorgehaltener Hand über die Rolle der Annette Schwandners spekuliert, die als Abteilungsleiterin im Wissenschaftsministerium tätig ist und die Umstrukturierungen begleitet: Sie habe handfeste Interessen an der Leitungsposition des neuen Instituts. Ihre Chancen dafür stehen nicht nur fachlich gut: Die promovierte Historikerin ist Gattin des CDU-Oberbürgermeisters der Stadt Oldenburg, wo Stratmann der CDU vorsteht.

Zukunft der Landesmuseen

Über die politische Sommerpause ist ein wenig Ruhe in die Debatte eingekehrt.

„Die Braunschweigische Landesgeschichte und unsere Kunstschatze sind identitätsstiftende Faktoren für die Menschen hier und in der Region. Wir haben die verfassungsrechtliche Garantie, dass das Braunschweigische Landesmuseum selbständig bleiben muss. Stratmanns Plan ist eine Zurücksetzung unseres Hauses. Aber wir haben ja einen starken Oberbürgermeister, der sich durchzusetzen weiß, wenn an den Grundfesten der braunschweigischen Identität gerüttelt wird“

meint Wolfgang Sehrt, CDU-Ratsfraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Kulturausschusses (Pressemeldung vom 7. Juli 2008).

Doch der Braunschweiger Oberbürgermeister Dr. Hoffmann äußert sich in der Pressemeldung der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz vom 10. Juli 2008) begeistert über die Neuorientierungspläne:

„Nach dem Gespräch mit dem Minister steht fest: Das Braunschweigische Landesmuseum wird gestärkt durch weitere Profilierung und willkommene Erweiterung der Angebote. Es wird wie in der Vergangenheit unter eigenständiger Leitung weiter die Braunschweigische Identität bewahren und fördern. Als Präsident der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz und als Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig freue ich mich über diese beruhigende Nachricht. Wir werden die Weiterentwicklung eng begleiten und haben die Zusage des Ministers, bei der Erstellung der endgültigen Konzeption beteiligt zu werden.“

Artikel 72 der Verfassung des Landes Niedersachsen („Besondere Belange und überkommene Einrichtungen der ehemaligen Länder“) sichert den ehemaligen Ländern Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe die Wahrung und Förderung ihrer kulturellen und historischen Belange zu: „Die überkommenen heimatgebundenen Einrichtungen dieser Länder sind weiterhin dem heimatlichen Interesse dienstbar zu machen und zu erhalten“ heißt es da. Doch als Einschränkung steht der Zusatz: „soweit ihre Änderung oder Aufhebung nicht in Verfolg organisatorischer Maßnahmen, die sich auf das gesamte Land Niedersachsen erstrecken, notwendig wird.“

Über die Auslegung dieses Paragraphen und die Umsetzung der Museumsreform wird zukünftig sicher noch viel diskutiert werden.

Die SPD-Abgeordneten Weddige-Degenhard, Bachmann, Möhle und Krause-Behrens stellten zur Frage der Auswirkungen auf die Museumsstandorte Braunschweig und Wolfenbüttel eine **kleine Anfrage im Niedersächsischen Landtag**.



Die BIBS-Fraktion fordert:

Sommerpause nutzen – Braunschweiger Konzept erarbeiten

Die Einrichtung des neuen Niedersächsischen Instituts für Archäologie und Baudenkmalpflege sei nach Aussage der Pressesprecherin des Ministeriums, Jenny Sturm, bereits in der Umsetzung. Die zukünftige Struktur würde erst besprochen, wenn die neue Leitung feststeht. Die Gespräche mit geeigneten Bewerber/innen finden zurzeit statt.

Zur Wahrung der regionalen Identität ist eine eigenständige unabhängige Museumsdirektion unabdingbar. Im Interesse der Braunschweigerinnen und Braunschweiger muss der neuen Institutsleitung der Stadtpunkt der Stadt Braunschweig dargestellt werden.

Als Verdeutlichung muss sich auch der Rat der Stadt in dieser Angelegenheit eindeutig positionieren. Es besteht parteiübergreifende Einigkeit darin, dass die Sammlung an Kulturschätzen in Braunschweig nicht geschmälert und wesentlich in ihrem Bestand verändert werden darf. Eine Empfehlung und Stellungnahme des Rates der Stadt Braunschweig steht aus. Die Verwaltung muss aufgefordert werden, sich für den Erhalt des Braunschweiger Landesmuseums mit seinen aktuellen Exponaten einzusetzen.

Die in Braunschweig ansässigen Kunstschatze sollen ihren Sitz in Braunschweig behalten und nur gezielt an Ausstellungen verliehen werden.

Die Darstellung der Braunschweiger Landesgeschichte muss weiterhin ein bedeutender Bestandteil der Ausstellungen sein. Eine Zusammenlegung der Zuständigkeiten des Braunschweiger Landesmuseums mit dem neuen Institut für Archäologie und Baudenkmalpflege lehnt die BIBS-Fraktion dagegen ab.

Ferner sollte ein Runder Tisch zur Zukunft der Braunschweiger Museenlandschaft stattfinden, denn die hiesigen Museen müssen eigeninitiativ ihre Profile stärken, um sich auf dem modernen Kunst- und Bildungssektor zu behaupten.